

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

17. November 2014
1 von 2

Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.17.1416 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel fordert die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag auf, bei der durch das Urteil des Staatsgerichtshofes notwendigen Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleiches folgende Grundsätze zu beachten:

1. Alle Hessischen Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie nicht nur ihre Pflichtaufgaben, sondern auch die gesellschafts- und sozialpolitisch notwendigen freiwilligen Aufgaben erfüllen können.
2. Kultur und Sport dürfen nicht als ausschließlich freiwillige Aufgaben aus dem Kommunalen Finanzausgleich ausgeklammert werden **und auch die oberzentrale Funktion der Städte muss diesbezüglich Berücksichtigung finden.**
3. Auch für weitere gesellschafts- und stadtpolitisch unverzichtbare „freiwillige“ Aufgaben müssen den Kommunen hinreichend Mittel zur Verfügung stehen.
4. Mit Spitzabrechnungen müssen Prognoseirrtümer – insbesondere hinsichtlich der kommunalen Erträge und Sozialausgaben – ausgeglichen werden, damit nicht erneut Fehlbeträge und Schulden auflaufen.
5. Auf der Basis der Doppik sind alle Aufwandspositionen zu berücksichtigen, also auch Rückstellungen und Abschreibungen. **Solange dies dem Hessischen Statistischen Landesamt technisch nicht möglich ist, muss ein angemessener Ausgleich hergestellt werden.**

Die KFA-Strukturreform ist **weiterhin** mit den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen.

Dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ist **in seiner nächsten Sitzung** über den aktuellen Stand zum Thema zu berichten.

2 von 2

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler,

Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: FDP (2)

Enthaltung: FDP (1)

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs, 101.17.1416, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin